Sächsische Dorfzeitung und Elbgaupresse

mit Loschwitzer Anzeiger

Tageszeitung für das östliche Dresden und seine Vororte.

Fernsprech-Anschluß: Amt Dresden Nr. 31502
Tel.-Adr.: Elbgaupresse Blasewitz

Bank-Konto: Stadtbank Dresden, Girokasse Blasewitz Nr. 666
Postsched-Konto: Nr. 517 Dresden

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates zu Dresden für die Stadtteile Blasewitz, Loschwitz, Weißer Hirsch, Bühlau, Rochwitz und Laubegast (II. und III. Verwaltungsbezirk) der Gemeinden Wachwitz, Niederpoyritz, Hosterwitz, Pillnitz, Weißig und Schönfeld, sowie der Amtshauptmannschaft Dresden.

Verlag: Elbgau-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Hermann Beyer & Co., Dresden-Blasewitz. — Verantwortlich für Lokales Carl Drache für den übrigen Inhalt Eugen Werner beide in Dresden.

Erscheint täglich mit den Beilagen: Amtl. Fremden- und Kurliste, Leben im Bild, Agrar-Warte, Radio-Zeitung, Außenhunden, Aus alter und neuer Zeit, Moden-Zeitung, Schnittmusterbogen. Der Bezugspreis beträgt frei ins Haus monatl. Mk. 1.90, durch die Post ohne Zustellgebühr monatl. Mk. 2.-. Für Fälle höh. Gewalt, Krieg, Streiks usw. hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung bzw. Nachlieferung der Zeitung od. Rückzahl. d. Bezugsgeld. Druck: Clemens Landgraf Nachfl., Dresden-Freital. Bei unverl. eingesandt. Manuskripten ist Rückporto beizufüg. Für Anzeigen, welche durch Fernspr. aufgegeb. werden, könn. wir eine Verantwort. bez. der Richtigkeit nicht übernehm.

Anzeigen werden die 5gespaltene Petit-Zeile mit 20 Goldpfennigen berechnet, Reklamen die 4 gespaltene Zeile mit 80 Goldpfennigen. Anzeigen u. Reklamen mit Platzvorschriften und schwierigen Sätzarten werden mit 50% Aufschlag berechnet. Schluß der Anzeigenannahme vorm. 11 Uhr. Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen oder Plätzen, sowie für telephonische Aufträge wird keine Gewähr geleistet. Insertionsbeträge sind sofort bei Erscheinen der Anzeige fällig. Bei späterer Zahlung wird der am Tage der Zahlung gültige Zeilenpreis in Rechnung gebracht. Rabattanspruch erlischt: b. verspät. Zahlung, Klage od. Konkurs b. Auftraggeber.

Redaktion und Expedition
Blasewitz, Tolkewitzer Str. 4
88. Jahrgang

Nr. 298 — Donnerstag, den 23. Dezember — 1926

Der Reichsetat für 1927 balanciert mit 8,5 Milliarden

Deutsche Einheitsfront gegen das Landauer Schandurteil — Revisionsverhandlung im Januar in Mainz

Dr. Stresemann verschiebt der außenpolitischen Lage wegen seine Urlaubsreise — Der aus Südamerika zurückgekehrte ehemalige Reichskanzler Dr. Luther rühmt die Aufbauarbeit der deutschen Industrie in Uebersee

Der Sieg der Verständigungsfeinde

Die Lehre des Schmachurteils: Die Besatzung muß verschwinden

Der Entrüstungssturm über Landau

Das Urteil des Landauer französischen Kriegsgerichtes in dem Prozeß gegen den Unterleutnant Roucier hat mit einem Schlage in der deutschen Oeffentlichkeit eine

Atmosphäre ungeheurer Empörung geschaffen

die ohne Unterschied der Partei in den Kommentaren der gesamten deutschen Presse ihren Ausdruck findet. Gestützt auf den flammenden Protest, der mit solcher Einmütigkeit in der gesamten deutschen Presse erhoben worden ist, wird die Reichsregierung unverzüglich Gelegenheit nehmen, in Paris ernsthafte Vorstellungen wegen des Landauer Urteils zu erheben. Ohne Zweifel ist der Spruch der französischen Militärrichter ein

empfindlicher Schlag gegen den Gedanken der Verständigungspolitik

Was die Staatsmänner nach mühevoller zweijähriger Arbeit zustandebrachten, um die Voraussetzungen für eine Politik der Befriedung schaffen zu können, nämlich die allmähliche Wiederherstellung des gegenseitigen Vertrauens, kann durch ein solches Tendenzurteil jählings vernichtet werden. Die schlimmste Verurteilung des schuldigen Besatzungsoffiziers hätte dem Ansehen Frankreichs nicht schaden können: denn die Ausschreitungen eines einzelnen fallen nicht auf die ganze Nation zurück, wenn deren berufenes Organ, die Justiz, dafür die erforderliche Sühne schafft. Anders aber, wenn der brutale Gewaltakt eines Mitgliedes der Besatzung gegen unbewaffnete Bürger des besetzten Landes durch einen derartigen Freispruch gedeckt wird, der um so aufreizender wirken muß, als die angeklagten Deutschen bestraft worden sind.

Das Landauer Urteil ist jetzt

das stärkste Argument,

das die deutsche Regierung bei den kommenden Verhandlungen

gegen die Aufrechterhaltung der Rheinlandbesetzung

geltend machen kann. Schlimmer als im Landauer Prozeß konnten die Gefahren der Vergiftung der gegenseitigen politischen Beziehungen nicht demonstriert werden. Man stelle sich vor, welch einen Anreiz der Freispruch des Leutnants Roucier für besonders brutale Soldatennaturen dazu bieten muß, die Bevölkerung des besetzten Gebietes als Freiwild zu behandeln.

*

Deutschlands Protest

Im Einvernehmen mit den übrigen Ressorts sind, wie Minister Dr. Bell erklärt, alle Schritte getan worden, um das begangene Unrecht von Landau gutzumachen und die Interessen Deutschlands zu wahren. Das Ministerium hat aus diesem Anlaß eine Kundgebung erlassen, in der es heißt:

„Wenn das Leben der Einwohner des besetzten Gebietes dem französischen Kriegsgericht so leicht wiegt, so fühlt sich die Bevölkerung in einem

Zustand der Rechtlosigkeit

der in schreiendem Widerspruch steht zu den Bemühungen der letzten zwei Jahre, eine Rechtsordnung zwischen Deutschland und Frankreich zu schaffen. Bei dem ganzen Volke können solche unbegreiflichen Vorkommnisse nur als

ein Schlag gegen die Verständigungspolitik

wirken. Unser tiefes Mitgefühl wendet sich den schwergeprüften Volksgenossen am Rhein zu. Wir wollen ihnen mit allen Kräften helfen, alles tun, um in diesem Einzelfalle dem Rechte zum Siege zu verhelfen.

Wir wollen darüber hinaus gegen ein solches System kämpfen, das zu einem solchen Fehlspruch führte. Alle Kräfte müssen eine Lehre ziehen aus Landau, daß wir keine dringendere Aufgabe haben als die, unseren Volksgenossen am Rhein die Freiheit und dem deutschen Staate die Souveränität in jenen Gebieten wieder zu erringen. Diesen Appell richte ich an das ganze deutsche Volk.“

Solange die Besetzung auf deutschem Boden andauert, ist immer die Gefahr solcher tief bedauerlichen Ereignisse gegeben, die die schärfste Bedrohung der Verständigungspolitik bedeutet.

Die einzige Sicherung

gegen die Wiederkehr solcher, die gesamte Politik beider Länder schwer gefährdender Vorkommnisse verbürgt aber die

alsbaldige Beseitigung der Besetzung

*

Was wird die Folge sein?

In Kreisen des Berliner Auswärtigen Amtes wird das Urteil in Landau als ein Versuch der französischen Militärfronde aufgefaßt, die Verständigungspolitik zwischen Deutschland und Frankreich zu durchkreuzen. Das Landauer Kriegsgerichtsurteil steht, wie hervorgehoben wird, im krassen Widerspruch zu der durch Locarno und Thoiry eingeleiteten „Befriedungspolitik, die seinerzeit ausdrücklich durch die Note der Botschafterkonferenz vom 14. November 1925 festgelegt wurde. Sollte das mit dem deutschen Rechtsempfinden vollkommen unvereinbare Landauer Kriegsgerichtsurteil etwa gar rechtskräftig werden, so könnte daraus für das gesamte deutsche Volk eine Lage entstehen, deren möglichen Auswirkungen sich keine deutsche Regierung entziehen könnte.

*

Wie sie uns herausfordern!

Die französische Kommandantur hat, um Ausschreitungen der erregten Bevölkerung zu verhindern, angeordnet, daß die Wohnung des freigesprochenen Roucier bis zu dessen Abreise aus Germersheim durch Gendarmerieposten bewacht wird. Gendarmerie durchstreift auch die Straßen der Stadt und die Lokale. Die Bevölkerung zeigt tiefste Erregung über das Urteil.

Viel besprochen wird, daß noch der Freisprechung des Roucier das gesamte Richterkollegium noch im Gerichtssaal auf den Unterleutnant Roucier zutrat und ihn ostentativ in Gegenwart der Verurteilten beglückwünschte.

*

Die Revisionsverhandlung

Wie aus Landau gemeldet wird, findet die Revisionsverhandlung im Roucier-Prozeß vor dem Kriegsgericht des französischen Hauptquartiers in Mainz Mitte oder Ende Januar nächsten Jahres statt.

*

Einmütigkeit der deutschen Presse

Die deutsche Presse aller Richtungen kennzeichnet einmütig in den schärfsten Worten das „Urteil“ von Landau als ein Tendenzurteil empörendster Art. Besonders vernichtend ist die Kritik gerade des Teiles der deutschen Presse, der die Verständigung zwischen den beiden Völkern wünscht und diese Verständigung durch eine solche Verhöhnung des Rechtsempfindens aller Menschen in kaum jemals wiedergutzumachender Weise gefährdet sieht.

*

Das Pariser Echo

Das skandalöse Urteil des Kriegsgerichts in Landau hat auch in Paris Staunen erregt. Selbst die nationalistischen Zeitungen bringen kein Wort, nicht einmal die Andeutung eines Kommentars. Hingegen schreibt Jean Piot in der Zeitung „L'Oeuvre“: Man wird sagen, daß das Urteil weniger verbrecherisch als dumm ist, aber gleichviel, es ist empörend. Dieser Prozeß, der mit Peitschenhieben begann, ist

der Peitschenhieb eines französischen Offiziers gegen das friedliche Frankreich.

Wenn es wahr ist, daß die Urteile der Kriegsgerichte immer auf Befehl erfolgen, dann muß gefragt werden, wer hat diesen Befehl gegeben. Der Artikel Jean Piots ist überschrieben: „Frankreich von einem französischen Kriegsgericht verurteilt!“ Der Schlußsatz enthält die richtige Frage, die alle übrigen zusammenfaßt: Wie denkt über dieses Verdikt der Ministerpräsident Poincaré, der von der Meinung der ganzen Welt für diesen ungeheuerlichen Fehlspruch verantwortlich gemacht werden wird?

Im „Soir“ schreibt Paul Louis über das Urteil von Landau: „Dieses traurige Verdikt übertrifft an Bedeutung den Fall, über den es richten sollte. Weder der Sinn für Gerechtigkeit, noch das Verständnis für Politik haben bei dieser Entscheidung mitgewirkt.“

Das Schweigen der Rechtspresse spricht lauter als der härteste Tadel. Die öffentliche Meinung Frankreichs ist beschämt. Mit Spannung wird die erste Aeußerung der französischen Regierung erwartet.

*

Briands Anhänger sind peinlich berührt

Aus Paris wird gemeldet: Aus Kreisen, die der Regierung nahestehen, wird versichert, daß die französische Regierung durch das Landauer Urteil auf das peinlichste berührt ist. Es heißt, daß Außenminister Briand bei der Revision des Prozesses sich bemühen wird, den Einfluß der militärischen Führer der Rheinlandarmee einzuschränken und ein objektives Urteil herbeizuführen. Ob allerdings die Minister der republikanisch-demokratischen Union, namentlich Marain, mit einem derartigen Vorgehen einverstanden sein werden, kann man mit Recht für zweifelhaft halten.

*

Protest der französischen Sozialisten

Einer Meldung aus Paris zufolge hat die sozialistische Parteileitung auf das Ersuchen der deutschen Sozialdemokratischen Partei beschlossen, bei der französischen Regierung zugunsten der Aufhebung des Landauer Urteils sowie der sofortigen Haftentlassung der deutschen Angeklagten vorstellig zu werden.

*

Eine Stimme aus England

Die wahre Moral des Falles geht über Einzelpersonen hinaus. Sie deutet auf die Notwendigkeit hin, die Besetzung zu beenden. Solange, wie die Besetzung andauert, können solche Zwischenfälle sich jeden Tag ereignen, und solange dies der Fall ist, kann es keinen sicheren französisch-deutschen Frieden geben.

Millionäre im Reichstag

Durchstreift man den jetzigen Reichstag von rechts nach links, dann trifft man bereits bei den Deutschnationalen auf eine ganze Serie von Millionären aller Spielarten. Rittergutsbesitzer großen Stils sind Fürst Otto Bismarck und Graf zu Eulenburg, sehr finanzkräftige Industrielle sind Bernhard Leopold, der mit den Riebeckschen Montanwerken in enger Verbindung steht, und Alfred Hugenberg. Millionär ist auch der frühere Vizepräsident des Reichstages Dietrich (Pretzlau), der als Notar der weitaus finanzkräftigsten Schichten der Uckermark und Pommerns über sehr ansehnliche Einkünfte verfügt und mehrere Rittergüter sein eigen nennt, auch viel Geld in Bankunternehmen landwirtschaftlichen Charakters arbeiten läßt. Als finanziell sehr mächtig gelten bei den Deutschnationalen auch die Abgeordneten Wormit, v. Rendell, v. Goldacker, Schlange-Schöningen, Schlieephake und Else v. Sperber; als sehr reich betrachtet man ferner den früheren Reichstagspräsidenten und Kölner Oberbürgermeister Wallraf als Mitglied einer der begüterstsen Patrizierfamilien.

Bei der Verteilung der irdischen Güter sind auch die Völkischen nicht so leer ausgegangen. Als Millionär wird der Abgeordnete Ludendorff angesehen, auf Grund der Verbreitung seiner Schriften über den Krieg nicht nur in Deutschland, sondern namentlich auch in den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Als zahlungsfähig in besonders hohem Grade gelten ferner v. Graefe-Goldebee und Jürgen v. Ramin, der ebenso gutfundierte Beziehungen zur Landwirtschaft wie zur Industrie unterhält. — Bei den Bauernbündlern soll Freiherr von Stauffenberg von der Million nicht weit entfernt sein.

Eine lange Reihe kapitalkräftiger Männer ist in der volksparteilichen Fraktion anzutreffen. Meist sind hier die Millionäre Angehörige der Industrie, wie der frühere Wirtschaftsminister v. Raumer und der Abgeordnete Dr. Kalle. Der Schiffahrt und